



Haushaltsrede 2007

Annette Steller

Klimawandel



Ratsfraktion Düsseldorf

Rathausufer 8

40213 Düsseldorf

www.spd-fraktion-duesseldorf.de

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Ende der Rede

Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Kollege Elbers, es ist nicht überraschend, dass die angebliche Schuldenfreiheit in Ihrer Rede gepriesen wird. Klar, dass Sie mitmachen beim Tanz um das goldene Kalb, auch wenn es sich eher um ein trojanisches Pferd handelt. Obwohl unsere Gewerbesteuereinnahmen in Düsseldorf seit Jahren sprudeln wie noch nie, haben Sie noch nicht einmal ansatzweise versucht, unsere Schulden aus diesen laufenden Einnahmen zu tilgen. Damit haben Sie lieber Prestigeobjekte auf den Weg gebracht wie z.B. die Messeumfahrung, die Arena und den ISS Dome. Zudem ist erwiesen, dass mit den Steuereinnahmen nicht sauber gewirtschaftet wurde, wie die Prüfberichte zum Burgwächter Castello und zur Paketpost deutlich belegen. Um zu entschuldigen haben Sie völlig unnötig Vermögen im Wert von rund 1,2 Milliarden Euro verkauft, rentierliches Vermögen, das jährlich kräftige Dividenden eingebracht hatte. Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass die Gewerbesteuer nicht einbricht. Wer deren strukturelle Schwankungen kennt, weiß nur zu genau, wie unsere Chancen stehen.

Tanz um das goldene Kalb

Als Rot-Grün in dieser Stadt noch regierte, haben wir das erlebt und in der Folge den Haushalt in einem mühsamen Prozess durch schwierige finanzielle Zeiten gebracht. Sie sollten sich das Schaubild im Vorbericht noch einmal ansehen. Die stärkste Entschuldung der Landeshauptstadt fand zwischen 1998 und 2000 statt, durch strukturelle Veränderungen im Haushalt.

Stärkste Entschuldung
zwischen 1998 und 2000

Sie hingegen haben in fetten Jahren geprasst und unser Vermögen verschleudert und wie zum Hohn will der Verwaltungschef dem Rat dann noch eine Schuldenbremse verordnen. Man sollte sich genau ansehen, wer da „Haltet den Dieb“ ruft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, während die vermeintliche Schuldenfreiheit bei Ihnen einen hohen Stellenwert genießt und sogar öffentlich abgefeiert wird, ist es mit der Meinungsfreiheit offensichtlich nicht ganz so weit her. Zumindest dann nicht, wenn sich die Meinung der Bürger nicht mit Ihrer Meinung deckt.

Unsere Stadt ist ja in vielem Spitze. Ein Spitzenplatz gebührt ihr sicherlich auch im negativen Sinne beim Umgang mit Bürgerbegehren.

Schon 2005 haben Sie in einer Nacht- und Nebel-Aktion mit dem Verkauf der Stadtwerke-Anteile ein aussichtsreiches Bürgerbegehren unterlaufen und gezeigt, wozu Sie fähig sind, wenn Ihnen die Meinung der Bürgerinnen und Bürger nicht in den Kram passt.

Zur Hochform sind Sie aber aufgelaufen, als es um den Verkauf des Grundstücks am Golzheimer Friedhof an die Viktoria-Versicherung ging. Hierbei spielte die FDP mit ihrer Vorsitzenden Frau Dr. Strack-Zimmermann eine besonders unrühmliche Rolle.

Sie hatte ihre Haltung zum Bürgerbegehren sehr deutlich gemacht, in dem sie gleich zu Anfang erklärte, schon die Fragestellung des Bürgerbegehrens sei unfair.

Was sie unter Fairplay versteht, zeigte sie uns dann zusammen mit der CDU-Mehrheit. Gestützt auf eine Vorlage, deren fadenscheinige Begründung sogar ein Nichtjurist hätte erkennen müssen -(wenn er denn gewollt hätte)-, haben Sie die offensichtliche Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gleich zweimal hier im Rat verneint. Und als ob das noch nicht genug wäre, haben Sie drei Tage vor der Ratssitzung einen Dringlichkeitsbeschluss unterschrieben, mit dem das Grundstück noch schnell vor in Kraft treten der neuen Gemeindeordnung verkauft wurde, um eine aufschiebende Wirkung zu unterlaufen. Das OVG hat diesem undemokratischen Verfahren mit ungewohnt deutlichen Worten eine klare Absage erteilt.

Klares Urteil des OVG

„Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, hat Rosa Luxemburg gesagt und das sollte doch gerade für Liberale in diesem Rat eigentlich auch die Maxime beim Umgang mit Bürgerbegehren sein.

Und da wir nun gerade bei Freiheiten sind, lassen Sie uns auch direkt einmal über die Freiheit des Geschmacks und über Toleranz reden. Die alte Weisheit „de gustibus non est disputandum“ hat in unserer Stadt, dank der bürgerlichen Mehrheit, eine ganz neue Interpretation erfahren. Was zu gefallen hat, wird von oben verfügt. Wir erleben die Gleichschaltung der ganzen Stadt. Es fängt mit der Begalisierung des Straßenpflasters an, geht weiter mit den ewig gleichen Events oder dem Versuch, die bunten Straßencafés in der Altstadt zu vereinheitlichen. Mit Hilfe von Straßensatzungen und dem Ordnungs- und Service-dienst wird es sich weiter auf alles erstrecken, was den optischen und ideologischen Vorstellungen der CDU widerspricht. Schöne neue Stadt!

Begalisierung des
Straßenpflasters

Spontaneität, Kreativität und Ungeplantes sind nicht erwünscht und werden mit allen Mitteln bekämpft. Schauen Sie sich nur an, was aus Monkey-Island oder dem Tonhallencafé geworden ist.

Hafenfest? Weg damit. Eisbahn an der Kö? Wen interessiert' s? Stopp! Die Öffentlichkeit interessierte es. Als dann das Medienecho verheerend war, zeigte sich aber auch, wie professionell unser Eventmanagement bei der DMT wirklich ist. Jetzt fing das große Rumeiern an. Die Statements der verantwortlichen Damen waren an Komik zum Teil nicht mehr zu übertreffen. Aber insgesamt macht es keinen Spaß und schadet unserer Stadt.

Jüngster Beweis für den Dilletantismus der DMT war die Bambi-Bundeslachnummer „Roter Rhein“. Obwohl wir Sozialdemokraten eigentlich der Meinung sind, dass unserer Stadt anstelle des alles dominierenden „Schwarz“ endlich wieder mehr „Rot“ gut tun würde.

Bundeslachnummer
„Roter Rhein“

Meine Damen und Herren, das Besondere an Düsseldorf ist mit dem Begriff „rheinische Lebensart“ treffend beschrieben. Die tolerante Einstellung zum Anderen, zum Fremden, das problemlose Leben miteinander, gelassenes Laissez-faire, all das trägt zur Attraktivität unserer Stadt bei und wird durch Ihre Gleichmacherei, durch Ihr Reinregieren bedroht. Lassen Sie die Menschen leben, lassen Sie unserer Stadt ihre bunte Vielfalt. Das macht eine Weltstadt aus, das stärkt uns und gibt uns neue Impulse.

Beschäftigen wir uns endlich mit den wirklichen Herausforderungen für unsere Stadt. Wir müssen heute die Weichen für die weitere Entwicklung stellen.

Wir brauchen neue Impulse für den Klimaschutz, wir müssen das nachhaltige Wachstum unserer Stadt sichern. Unsere Stadt muss familien- und kinderfreundlicher werden, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und neue Arbeitsplätze.

Neue Impulse für den Klimaschutz

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren aus CDU und FDP, offensichtlich haben auch Sie jetzt die Umwelt als Thema entdeckt. Da wird dann mal eine halbe Million Euro in das Schallschutzfensterprogramm gesteckt und die Verwaltung packt 3,4 Millionen Euro in die Investitionen für das Lärmminde-
rungsprogramm. Diese großen Summen werden in den Wahljahren 2008 und 2009 ausgeschüttet. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Aber mit Ihrer Buchhaltermentalität, wir stocken die Ansätze auf und dann haben wir alles Notwendige getan, kommen wir in Sachen Umweltschutz nicht weiter. Das Thema ist viel komplexer. Andere Städte haben das längst erkannt und sind uns in ihren Maßnahmen weit voraus.

Düsseldorf ist immer noch kein Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte, dessen Mitglieder den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent reduzieren wollen. Das geht Ihnen wohl zu weit. Hierfür sind innovative Konzepte erforderlich, wie wir sie Ihnen heute vorschlagen.

Düsseldorf ist immer noch kein Mitglied im Klima-Bündnis

Für den Klimaschutz gibt es zwingend weitere Handlungsfelder wie z.B. den Verkehr. Wir haben zwar einen Luftreinhalteplan für die südliche Innenstadt aber was hat sich gebessert? Fast nichts. Nur aufgrund des vielen Regens sind in diesem Jahr die Überschreitungszahlen nicht weiter angestiegen. Notwendige Maßnahmen, wie z.B. die Einführung einer Klimazone sind unerwünscht. Da wird als Argument ins Feld geführt, dass diese Maßnahmen den Wirtschaftsstandort Düsseldorf gefährden. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Aktivitäten für den Klimaschutz werden zukünftig sogar ein Standortvorteil sein.

Eine umweltverträgliche Verkehrsplanung findet einfach nicht statt, das Radwegenetz in Düsseldorf ist stümperhaftes Flickwerk und für Alltagsradler nicht akzeptabel!

Düsseldorfer Radwegenetz, ein einziges Fragment

Die Rheinbahn wird nur als Profitcenter gesehen, aber nicht als Instrument für den Klimaschutz!

Es ist in vielerlei Hinsicht symptomatisch, was hier in den letzten Monaten mit der Rheinbahn passiert ist. Ein teures Gutachten wird in Auftrag gegeben. Dessen Ergebnisse frisiert die Verwaltung in Richtung Privatisierung und versucht das dann klammheimlich im Haupt- und Finanzausschuss durchzuschleusen. Kein Wunder, dass sich nicht nur die Rheinbahner selbst, sondern auch Vorstand und Aufsichtsrat veralbert fühlen. Der Kämmerer wiegelt ab, man wolle lediglich den Druck erhöhen. Dennoch, die Drohkulisse steht und wenn die Rheinbahn nicht weitere Stellenkürzungen, Absenkung der Tariflöhne usw. akzeptiert, dann wird verkauft. Der Stadtvater liebt eben nicht alle Töchter der Familie gleich. Es ist ja auch viel schöner, mit der Messe nach China zu reisen als mit der Rheinbahn nach Heerdt.

Teures
Rheinbahn-Gutachten

Wir brauchen keine Privatisierungsdebatte. Wir brauchen besseren Komfort und bessere Taktzeiten. Düsseldorf braucht die Rheinbahn!

Die autogerechte Stadt ist in vielen Metropolen schon lange ein Auslaufmodell, in Düsseldorf kommt sie durch Sie erst richtig in Fahrt. Ihr Verkehrsentwicklungsplan unterstellt unkritisch für die nächsten 8 Jahre 15% mehr Autoverkehr. Das ist nun mal so. Ein Dogma? Ja, wenn man sich Ihr fragwürdiges Verkehrskonzept zum Kö-Bogen betrachtet! Hier werden für Jahrzehnte die Weichen für zukünftige Verkehrsbeziehungen gestellt.

Mit dem Bau von teuren Straßentunneln werden im Innenstadtbereich Verkehrsstränge in Beton gegossen. Nicht weniger Verkehr wird die Folge sein, sondern mehr, wie von Ihnen prophezeit. Dieses Mehr an Durchgangsverkehr wird die Aufenthaltsqualität erheblich beeinträchtigen. Trotz betonierter Tunnelröhren werden die beiden Hofgartenhälften eben nicht zusammengeführt, die Straßenbahntrasse verläuft weiterhin auf ihrem alten Niveau.

Teilung des Hofgartens
bleibt bestehen

Insgesamt ist der Kö-Bogen ein Paradebeispiel für die verfehlte und bürgerferne Planungspolitik der Ratsmehrheit. Die Entwicklung der städtebaulichen Planung erfolgt hinter verschlossenen Türen in enger Abstimmung mit dem Oberbürgermeister. Dabei hat man oftmals den Eindruck, dass vor allen Dingen die Wünsche potentieller Investoren maßgeblich sind. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen müssen vom rechtsstaatlich verbrieften Instrument des Bürgerbegehrens Gebrauch machen um sich Gehör zu verschaffen. Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren stellen wir uns anders vor!

Planung hinter
verschlossenen Türen

Gerade weil es um das Herz unserer Stadt geht, brauchen wir eine sorgfältige Planung und die breite Zustimmung unserer Bürger. Grundstücke wie die am Kö-Bogen gibt es in Düsseldorf kein zweites Mal! Lassen sie uns gemeinsam das Beste aus dieser historischen Chance machen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, auch im Bereich des Wohnungsbaus werden finanzstarke Großinvestoren von der Verwaltungsspitze bevorzugt. Dies führt dazu, dass Wohnraum in unserer Stadt für viele Menschen unbezahlbar wird und diese dann ins Umland ziehen, weil Grundstücke und Mieten inzwischen ein Niveau erreicht haben, das gerade Familien mit kleinem und sogar mittlerem Einkommen nicht mehr stemmen können.

Bevorzugung finanzstarker
Großinvestoren

Dies zu ändern muss unser gemeinsames Ziel sein. Wir erneuern deshalb unsere Forderung nach attraktiven Konzepten für das Wohnen und Leben in der Stadt und vor allem deren zügige Umsetzung.

Der demografische Wandel und das gut ausgebaute Angebot kultureller, technischer wie auch sozialer Infrastruktur in Düsseldorf führen dazu, dass mehr junge Menschen zu Beginn ihrer Berufskarriere und ältere Menschen nach der Familienphase in die Stadt ziehen. Diese „Renaissance der Stadt“ muss zwangsläufig auch eine neue Phase der Stadtentwicklung einläuten, weil gerade die letzt genannte Gruppe hohe Ansprüche an das Wohnen in der Stadt stellt.

Renaissance der Stadt

Wer aber nachhaltiges Wachstum will, muss auch jungen Familien eine Perspektive bieten. Während junge und ältere Menschen in die Stadt ziehen, verlassen Familien mit Kindern die Stadt, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum in einem kinderfreundlichen Wohnumfeld finden. Auch die von der politischen Mehrheit gewollte Dominanz des Autoverkehrs ist für Familien mit Kindern ein wesentlicher Grund, sich für ein Leben in der Peripherie zu entscheiden.

Die SPD fordert die Umnutzung leerstehender Büroflächen in Wohnraum. Mit der Einrichtung eines kommunalen Grundstücksfonds wollen wir preiswertes Wohnen ermöglichen. Aus sozialdemokratischer Sicht ist es nicht nachvollziehbar und den Bürgern nicht zu vermitteln, wenn Sie diesem zukunftsweisenden Vorschlag nicht zustimmen.

Preiswertes Wohnen
ermöglichen

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, nicht nur preiswerter Wohnraum ist für eine kinderfreundliche Stadt wichtig. Wir sind angeblich schuldenfrei. Ja und, fragen da auch die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis Wersten. Hilft uns das irgendwie weiter? Ich sage: Nein!

Der Oberbürgermeister kündigt in seinen Haushaltsreden seit Jahren mit schöner Regelmäßigkeit einen neuen Kindergarten an der Benninghauser Str. an. Er steht noch immer nicht.

Im Kindergarten zwei Straßen weiter sind nach wie vor mehr Kinder in einer Gruppe als in mancher Ruhrgebietsstadt mit hohem Schuldenberg. Was nützen also die Ankündigungen des Oberbürgermeisters, wenn seine Planungs- und Bauverwaltung diese nicht zeitnah umsetzt. Was nützt die Schuldenfreiheit, wenn wir unsere Spielräume nicht nutzen, um die personelle Ausstattung von Kitas zu verbessern? Wir sollten lieber 30 neue Erzieherinnen einstellen als 30

Lieber 30 Erzieherinnen
einstellen als 30 Ord-
nungskräfte

neue Ordnungskräfte. Wir sollten lieber in die Erziehung und Bildung von Kindern investieren als die Folgen einer mangelnden Erziehung zu ahnden.

Familienministerin Ursula von der Leyen hat vor wenigen Wochen den Familienatlas 2007 vorgestellt, in dem die Familienfreundlichkeit deutscher Städte verglichen wurde. Dieses Ranking wurde natürlich nicht über das städtische Presseamt verteilt, weil Düsseldorf in Punkto Familienfreundlichkeit und beim Wohnumfeld auf hinteren Plätzen rangiert.

Das zeigt, es gibt erheblichen Handlungsbedarf. Das belegt auch die Fachexpertise des Jugendamtes für das Programm Düsseldorf 2020 plus. Nur mit Kindern wird eine Stadt lebendig und zukunftsfähig. Deswegen müssen wir die Familien unterstützen! Gerade in der Startphase brauchen junge Familien Hilfe, z.B. durch den Verzicht auf Elternbeiträge.

Unterstützung von Familien

Die SPD fordert seit Jahren den kostenlosen Mittagstisch für alle Kinder. Nachdem Herr Rüttgers Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, Nachhilfe geleistet hat, verstehen Sie langsam warum. Wir wollen darüber hinaus sicherstellen, dass alle Kinder beim Schuleintritt eine vernünftige Grundausstattung haben.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, auch bei anderen Rankings, steht Düsseldorf lange nicht so gut da, wie Sie oft behaupten. Die Arbeitslosigkeit lag im November in den westlichen Bundesländern bei 6,7 %, in NRW bei 8,7 % und in Düsseldorf bei 9,8 %.

Düsseldorf ist bei der Arbeitslosenstatistik nicht auf den besten Plätzen

Wir liegen hier über Landes- und Bundesdurchschnitt. Durch den Weggang von Firmen wie Thyssen-Krupp werden zahlreiche weitere Arbeitsplätze verschwinden. Durch die Erweiterung von Victoria oder die Planung am Kö-Bogen entstehen keine neuen Arbeitsplätze. Hier sollen in beiden Fällen nur Standorte zentralisiert werden.

Wir haben in Düsseldorf sehr viele Arbeitsplätze im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich. Die meisten Einfacharbeitsplätze und auch viele der sogenannten Blaumann-Arbeitsplätze jedoch gibt es mittlerweile nicht mehr. Ein Arbeiter beispielsweise aus Gerresheim, der durch die Schließung der Glashütte seine Arbeit verloren hat, wird weder einen Job in der Werbe- noch in der Versicherungsbranche finden. Es ist geradezu eine Verpflichtung für uns alle hier im Rat, die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine Beschäftigung dieser Menschen zu schaffen. Darüber hinaus wollen wir gering qualifizierten oder erwerbsgeminderten Personen eine Perspektive auf dauerhafte Beschäftigung bieten. Unser Antrag enthält darüber hinaus die Mittelbereitstellung für familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen sowie eine erweiterte Verbundausbildung bei Nachwuchskräften.

Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Arbeitnehmern schaffen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, wenn wir unsere Stadt wirklich weiter entwickeln wollen, müssen wir jetzt handeln. Wir wollen eine zukunftsweisende Stadtplanung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz. Wir wollen Düsseldorf zu einer familien- und kinderfreundlichen Stadt machen. Das sehen wir in Ihrem Haushalt nicht verwirklicht, deswegen lehnen wir ihn ab.

Ablehnung des Haushalts

Der Klimawandel ist in aller Munde, auch in Düsseldorf spielt das Klima eine bedeutende Rolle. Herr Oberbürgermeister, Sie haben durch Ihren persönlichen Politikstil das Klima in unserer Stadt in allen Bereichen nachhaltig verschlechtert. Bürgerinnen und Bürger, die anderer Meinung sind, werden öffentlich als Zusammenrottung bezeichnet. Kritiker werden öffentlich diffamiert. Durch ein höchst Richterliches Urteil wird Ihnen bescheinigt, im Umgang mit den Bürgern gegen den Grundsatz von Treu und Glauben gehandelt zu haben. Und Sie sagen nur: „Im Zweifelsfall würde ich wieder so handeln.“ Das ist unglaublich!

Auch das Klima hier im Rat hat sich entscheidend verschlechtert. Zu einer funktionierenden Demokratie gehört unbedingt auch der Respekt vor dem politischen Gegner. Stattdessen fühlen sich Ratskolleginnen und Kollegen durch Ihre Äußerungen hier im Rat persönlich herabgesetzt.

Nach 8 Jahren Amtszeit hat auch das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung erheblich gelitten. Es gibt kein Vertrauen mehr darin, dass die Verwaltung Vorlagen nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet, sondern im Gegenteil - wir als Rat müssen vermuten, dass Sie versuchen, uns hinters Licht zu führen.

Es wird lange dauern bis in Düsseldorf wieder eine normale Zusammenarbeit in und mit der Verwaltung möglich ist.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ganz besonders für ihre engagierte Arbeit bedanken, gerade weil die Arbeitsbedingungen in der Verwaltung in den letzten Jahren nicht leichter geworden sind.

Es wäre zu kurz gedacht, die Fehlentwicklungen der letzten Jahre allein aufs Konto des OB zu buchen. Erich Kästner hat im fliegenden Klassenzimmer geschrieben: „An jedem Unsinn der passiert, sind nicht nur die Schuld, die ihn begehen, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“

Fehlentwicklungen gehen nicht allein aufs Konto des OB

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir stehen in der Verantwortung für einen Klimawandel in Düsseldorf. Einen Klimawandel hin zu mehr Offenheit, Dialog und gegenseitigem Respekt.

Offenheit, Dialog und Respekt

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!